

## POINT DE PRESSE VOM 9. JUNI 2009

---

Daniel Lampart, SGB-Chefökonom

### **Prämienchecks und Investitionsprogramm gegen staatliche Arbeitsplatzvernichtung**

Die Konjunkturaussichten für 2010 sind düster. Das Schweizer Bruttoinlandprodukt wird voraussichtlich um rund 3 Prozent sinken. Die Prognosen rechnen mit gegen 250'000 arbeitslosen Personen. Der bisherige Höchststand aus dem Jahr 1997 von knapp 200'000 Arbeitslosen wird deutlich übertroffen.

Der Bund hat einen klaren Volksauftrag, was in dieser Situation zu tun ist. Art. 100 der Bundesverfassung sagt: „Der Bund trifft Massnahmen für eine ausgeglichene konjunkturelle Entwicklung, insbesondere zur Verhütung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Teuerung“ (Abs. 1). Und an Kantone und Gemeinden: „Bund, Kantone und Gemeinden berücksichtigen in ihrer Einnahmen- und Ausgabenpolitik die Konjunkturlage“ (Abs. 4).

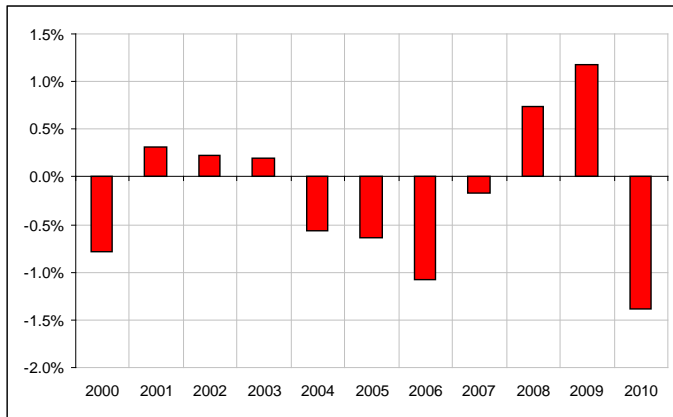
Tatsächlich aber tun Bund, Kantone und Gemeinden genau das Gegenteil. Mit ihrer Einnahmen- und Ausgabenpolitik verstärken sie die Rezession massiv. Indem durch den Prämienschock von 15 Prozent Kaufkraft entzogen wird und Kantone sowie Gemeinden Sparmassnahmen durchziehen, lassen sie die Schweizer Wirtschaft um zusätzliche 1.4 Prozent schrumpfen (s. Grafik Seite 2). Dazu kommt, dass der FinöV-Fonds aufgrund von rezessionsbedingt tieferen Einnahmen (LSVA) eine Finanzierungslücke aufweisen wird, die die Realisierung öffentlicher Infrastrukturprojekte gefährdet. Dieser negative Impuls von mehr als 7 Mrd. Fr. wird die Schweizer Wirtschaft rund 50'000 Arbeitsplätze kosten. Statt wie vom Volk vorgeschrieben die Konjunktur zu stabilisieren, wird der Staat zusammen mit den Krankenkassen als Rezessionsverstärker die Arbeitslosigkeit zusätzlich in die Höhe treiben.

### **Konjunkturelle Wirkung der Einnahmen und Ausgaben von Staat, Sozialversicherungen und Krankenkassen<sup>1</sup>**

(Fiskalimpuls in Prozent des BIP)

---

<sup>1</sup> Der Fiskalimpuls misst die Veränderung des strukturellen Haushaltssaldos. Die Schätzung des strukturellen Haushaltssaldos erfolgt mit einem Hodrick-Prescott-Filter (s. Frick, A. und D. Lampart (2004): Indikatoren zum konjunkturellen Impuls der Finanzpolitik, Konjunktur 7/8 2004, KOF ETH Zürich.).



Der Krankenkassen-Prämienschock von durchschnittlich 15 Prozent kostet gegen 3 Mrd. Fr. an Kaufkraft. Mit Sparmassnahmen entziehen Kantone und Gemeinden der Wirtschaft zusätzlich Nachfrage in der Grösseordnung von 5 Mrd. Franken. Und der Bund wird aufgrund von tieferen Einnahmen (LSVA u.a.) bei den Infrastrukturinvestitionen zweistellige Millionenbeträge sparen. Gegen eine so massive konjunkturverstärkende Politik vermögen die so genannten automatischen Stabilisatoren (ALV u.a.) nichts auszurichten. Deren positiver Impuls wird durch die Kaufkraftabschöpfung bei den Krankenkassen und die Sparmassnahmen bei Kantonen und Gemeinden mehr als weggefressen.

Mit der Diskussion, ob der Bund über ein drittes Konjunkturpaket die Schweizer Wirtschaft stabilisieren soll oder nicht, wird der Schweizer Bevölkerung Sand in die Augen gestreut. Richtig ist: Wenn der Bund kein Programm zur Stützung der Kaufkraft und kein Investitionsprogramm gegen die staatlichen Sparmassnahmen beschliesst, werden Staat und Krankenkassen die Wirtschaft im kommenden Jahr zusätzlich in hohem Mass destabilisieren.

Der Bundesrat hat am 29. Mai 2009 einen Bericht zur Grundausrichtung des dritten Konjunkturpaketes publiziert.<sup>2</sup> Der Inhalt des Berichts ist alarmierend. Gegen den Prämienschock von fast 3 Mrd. Fr. will der Bundesrat nur zusätzliche 200 Mio. Fr. einsetzen. Von der konjunkturverstärkenden Finanzpolitik der Kantone und Gemeinden ist im Bericht gar nicht die Rede.

### **Massnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur**

Damit der Staat im kommenden Jahr die Arbeitslosigkeit nicht zusätzlich in die Höhe treibt, sondern gemäss dem Verfassungsauftrag die Wirtschaft stabilisiert, braucht es im dritten Konjunkturpaket des Bundes folgende Massnahmen:

<sup>2</sup> Bericht des Bundesrates zu Wirtschaftslage und Stabilisierungsmassnahmen.

- Eine Erhöhung der Prämienverbilligungen im Ausmass des Prämienanstiegs (ca. 3 Mrd. Fr.): Diese Prämienverbilligungen müssen die Bevölkerung schnell erreichen. Der SGB schlägt deshalb Prämienchecks vor. Kinder sollen einen Scheck für die gesamte Prämie erhalten, junge Erwachsene einen Scheck im Ausmass des Prämienstocks. Den verbleibenden Teil der Mittel sollen die Kantone über die bestehenden Prämienverbilligungssysteme möglichst rasch an die Bevölkerung ausschütten.
- Eine ausserordentliche Erhöhung des AHV-Mischindex – finanziert durch den Bund. Dadurch erhalten AHV- und IV-BezügerInnen im kommenden Jahr rund 550 Mio. Fr. zusätzlich an Kaufkraft. Ein Ehepaar hat damit rund 500 Fr. mehr Einkommen.
- Ein Investitionsprogramm (öffentlicher Bau, ausserhäusliche Kinderbetreuung) zur Kompensation der Sparmassnahmen bei Kantonen und Gemeinden sowie zur Gewährleistung der Infrastrukturprojekte des Bundes (5 Mrd. Fr.).
- Massnahmen für Weiterbildung statt Entlassungen: Stärkung der höheren Berufsbildung, Nachholbildungen; Nachholen von Berufsmaturität, vermehrte Nutzung von Passerelle-Angeboten; Verlängerung der Maximaldauer für Kurzarbeit auf 24 Monate.

### **Stabilisierende Wirkung der Vorschläge**

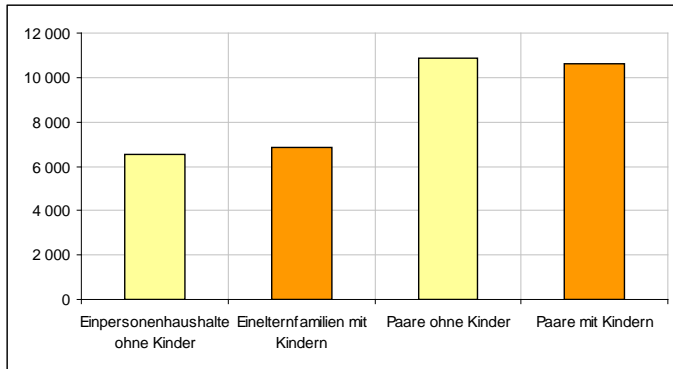
Mit diesen Massnahmen kann der Bund verhindern, dass der Schweizer Staat die Rezession im kommenden Jahr verstärkt und massiv Arbeitsplätze vernichtet.

Die Prämienchecks werden eine Destabilisierung des Konsums durch den Prämienstock verhindern helfen. Die Einkommen von Haushalten mit Kindern sind ungefähr gleich hoch wie diejenigen von Haushalten ohne Kinder. Wer Kinder hat, muss sich daher finanziell einschränken. Eine Studie im Auftrag des Bundesamtes für Statistik<sup>3</sup> zeigt, dass dies auf Kosten der Ausgaben der Erwachsenen im Haushalt geht. Haushalte mit Kindern geben z.B. weniger Geld für den Besuch von Restaurants, für Kultur, für öffentlichen Verkehr oder für Erwachsenenkleider aus. Müssen Haushalte mit Kindern mehr Krankenkassenprämien bezahlen, führt das zu einer weiteren Konsumeinschränkung, was die Rezession 2010 verstärken wird. Höhere Prämienverbilligungen bedeuten daher eine finanzielle Entlastung, die helfen wird, die Destabilisierung des Konsums durch den Prämienstock zu verhindern.

---

<sup>3</sup> BFS (2008): Familien in der Schweiz, Statistischer Bericht, Neuenburg.

### Monatliches Durchschnittseinkommen nach Haushaltstypen

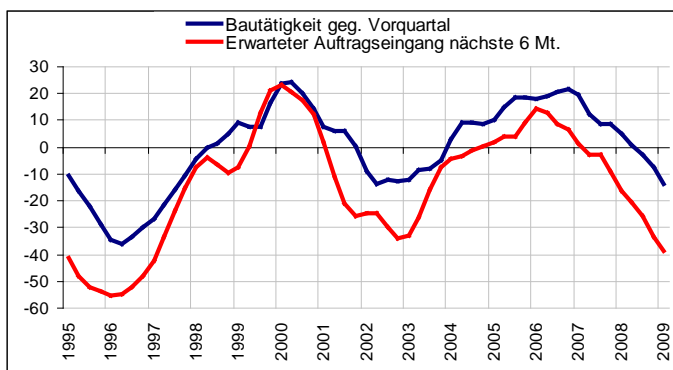


Quelle: BFS

Die Erhöhung des AHV-Mischindex wird zusätzlich konsumwirksam die Kaufkraft stärken. Die AHV ist mit Abstand die wichtigste Einkommensquelle der RentnerInnen. RentnerInnen geben im Mittel 173 Fr./Monat mehr aus als sie sparen (BFS, Haushaltsbudgeterhebung 2006). Die höheren AHV-Renten werden somit in den Wirtschaftskreislauf zurückfliessen und helfen, Arbeitsplätze zu erhalten.

Das Investitionsprogramm zur Kompensation einer restriktiven Finanzpolitik bei Kantonen, Gemeinden, aber auch beim FinöV wird verhindern, dass die Investitionen zurückgefahren werden. Dies würde die Bauwirtschaft empfindlich treffen. Denn die Bautätigkeit ist bereits im Laufe von 2008 deutlich schwächer gewachsen und dürfte seit Anfang 2009 abnehmen (s. Grafik aus KOF-Umfrage). Die Auftragserwartungen bis Ende 2009 haben sich weiter verschlechtert, so dass auf 2010 bereits ohne restriktive staatliche Investitionspolitik mit einer deutlich schlechteren Baukonjunktur gerechnet werden muss.

### Lage und Aussichten in der Schweizer Bauwirtschaft (Saldo gemäss KOF-Umfrage, glatte Komponente)



### **Durch Konjunkturstabilisierung Wachstumspotenzial mittel- und langfristig sichern**

Neuere Erkenntnisse der Wirtschaftswissenschaften zeigen, dass die mittel- und längerfristigen Wachstumsmöglichkeiten einer Wirtschaft davon abhängen, ob die Wirtschaft starke Konjunkturschwankungen ausgesetzt ist oder nicht.<sup>4</sup> In zahlreichen Studien wurde nachgewiesen, dass in Rezessionen durch Arbeitslosigkeit Wissen und Qualifikationen vernichtet werden und das Geld für Investitionen in Forschung und Entwicklung fehlt. Die Theorie, dass in Rezessionen strukturelle Bereinigungen erfolgen, die die längerfristigen Wachstumschancen erhöhen, kann hingegen empirisch nicht belegt werden. Länder, die mit einer antizyklischen Konjunkturpolitik schwere Rezessionen verhindert haben, weisen daher das grössere Wachstumspotenzial auf. Die Schweizer Regierung hat es in der Hand, mit Massnahmen gegen die rezessionsverstärkende Politik das mittel- und längerfristige Einkommenspotenzial zu sichern. Tut sie das nicht, werden selbst bei einem späteren Aufschwung Narben verbleiben, die die Wachstumschancen der Schweiz begrenzen.

### **Schweizer Staat ist nicht verschuldet, sondern netto vermögend**

Geld ist genug vorhanden: Die finanzielle Lage des Schweizer Staates lässt viel Spielraum für konjunkturstabilisierende Massnahmen. Wenn von Staatsverschuldung die Rede ist, so wird in der Regel die Bruttoschuld angegeben. Es wird nicht berücksichtigt, dass der Staat auch viel Vermögen in Form von Immobilien, Wertpapieren usw. hat. Aufgrund der Buchungspraxis in den Staatsrechnungen wird das Vermögen allerdings unterschätzt, indem beispielsweise Wertpapiere zum Nennwert verbucht werden und Immobilien sowie Grundstücke stark abgeschrieben wurden. Darum können Bruttoschuld und Vermögen nicht direkt verglichen werden, sondern es muss ein indirekter Vergleich von Schuld und Vermögen vorgenommen werden. Am besten, indem die Schuldzinsen mit den Vermögenserträgen verglichen werden. Stellt man diese beiden Grössen einander gegenüber, so zeigt sich, dass die Erträge aus dem Vermögen die Schuldzinsen deutlich übersteigen. Bund, Kantone und Gemeinden sind unter dem Strich daher nicht verschuldet, sondern netto sogar vermögend. Dazu kommt, dass der Bund in den Aufschwungjahren rund 8.5 Mrd. Fr. über die Schuldenbremse hinaus eingenommen hat. Diese Mittel sollen jetzt zur Bekämpfung der prozyklischen Politik freigegeben werden.

---

<sup>4</sup> Eine Übersicht gibt I. Martínez und D. Lampart (2009): Konjunkturelle Stabilisierung als Voraussetzung für längerfristige Einkommensentwicklung, SGB-Dossier (Publikation am 15. Juni 2009).

## Vermögenserträge und Passivzinsen des Schweizer Staates

